

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispalt. Petitzeile 1 M. Aufnahme nur bei vorherg. Gebühreneinhebung auf Postcheck Nr. 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsfrist: Freitag

Der Auferstandene.

Sie hatten ihn, so heißt es, gekreuzigt und begraben. Und damit hatten sie geglaubt, auch den Gedanken begraben zu haben, den er gefündet hatte. Zufrieden war die Welt der Phariseer und Jöllner. Der Revolutionär war nicht mehr.

Sie wußten es nicht, daß es das Wesen des revolutionären Gedankens ist, aufzuerstehen. Zu vergehen, um immer neu da zu sein. Der revolutionäre Gedanke ist das Bewegende der Geschichte, und der revolutionäre Gedanke ist, oder die Geschichte ist nicht.

In den Jahrhunderten reckte er sich hier und dort. Wirtschaftlich, religiös, geistig. Und man trat das erwachende soziale Recht mit Gewalt nieder. Und man verbrannte den geistigen Empörer. Symbol! Gekreuzigt und begraben hatte man doch mit dem Leibe die Idee der Freiheit gleicher Menschen für immer.

Aber dann gingen die drei Tage der Weltgeschichte zu Ende. Diese drei Tage des weltgeschichtlichen Werdens, die wir Menschen des schnellen Vergehens 2000 Jahre zu nennen gewohnt sind. Und siehe da: die Erde dröhnte, die Welt wankte in ihren Fesseln. Es schwankte der Ordnung des Lebens das Fundament. Ihr habt den Leib gekreuzigt, daß der Gedanke nur um so machtvoller erstehet aus dem Gefängnis des Grabes, in das ihr Ausschließen ihn für alle Zeiten bannen zu können geglaubt habt.

Er ist auferstanden, der Geist der Liebe und der Freiheit, und neu leuchtet uns allen das Reich Gottes hier auf dieser Welt. Hört auf die Stimme des Auferstandenen, ihr Gequälten! Hört auf das Kampfwort seines Glaubens gegen Mammon, gegen Götzendienst! Hört auf das Göttliche, das da aus der Bewegung des Volkes zu euch spricht!

Hört ihr es nicht? Könnt ihr es immer noch nicht vernehmen? Verleht ihr denn immer noch nicht das heilige Wort?

Mitten unter uns allen ist er, der Auferstandene. In seinem Menschenbruder, der sucht und glaubt, erkennt und will. In deiner Menschenschwester, die da

in Verzweiflung über das Leben die Faust ballt. In deinen Kindern, denen das Leben dieses Innerliche. Reine, Herzliche, Göttliche so oft nimmt, daß aus der verzerrten Seele heraus einst dann der Empörer wird, der Auferstandene, seine geknechtete Liebe zu retten zur Freiheit.

Du siehst nur Rohes? Du siehst nur Not und Kampf? Du siehst nur Ringen um den Pfennig und nur Sorge um das Brot?

Der Auferstandene ist in allen! Höre auf die Seele, die da in freizewillenden Menschen nach Lohn und nach Brot verlangt! Höre auf den heiligen Gerechtigkeitsgedanken, der sich da in diesem so nüchtern erscheinenden Erstenverlangen erzwingt! Höre auf die glaubende Liebe, die da bebte: es muß durch kämpferische Gestaltung einmal werden alles edel, groß und schön! Lausche auf das tiefste, tiefste Sehnen nach dem Erdenreiche Gottes, an das sie alle glauben.

Niemand kann dem Menschen dienen und auch Gott. Wo die Not ist, leidet das Heiligste deiner selbst. Das Göttliche in dir wird zerrissen, wenn du um das Allerjehelbstverständlichs des Alltags sorgst und ringst. Siehe doch endlich in Ehrfurcht vor diesem Göttlichen, daß du es nicht mehr durch Mammons wirtschaft entweißt sein lassen magst!

Du hast ein Recht auf das Leben, ein Recht auf deine Freiheit, ein Recht auf das Göttliche in dir selbst! Laß es dir nicht zermalmt werden von der Brutalität einer ungöttlichen Wirtschaft!

Sei Prophet! Weise deinen Schwestern und Brüdern das Große, das da jetzt endlich kommt! Sei Kämpfer! Verleihe sie aus dem Tempel der Menschheit, diese Wechler und Krämer! Sei Weltgestalter! Nur wer „verkauft, was er hat“, wie er es einstmal gefündet, ist frei von Gelüsten des Ruhens und der Gier. Nur die Wirtschaftsordnung der Gemeinschaft kann die Wirtschaftsordnung der Göttlichkeit sein.

Dr. G. S.

Vom gescheiterten Zollfrieden zur Zollunion.

Der zwischen Deutschland und Oesterreich abgeschlossene, eine Zollunion vorsehende Vertrag hat in der ganzen Welt eine ungeheure Aufregung hervorgerufen. Von den beiden genannten Staaten wurde ein Weg beschritten, der bisher zwar von vielen empfohlen worden war, vor dessen Konsequenzen aber die praktische Politik zurückredete. Der Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich kann eine Keimzelle zur Befreiung Europas von den Fesseln des Hochprotektionismus werden. Ueber die Art und Weise, wie der Vertrag abgeschlossen wurde, läßt sich streiten. Er ist zustande gekommen ohne vorherige Verständigung mit Frankreich, England und den übrigen Ländern und ohne eine vorherige Einigung mit den heimischen Parlamenten. Angesichts der hohen Bedeutung des dem Vertrage zugrunde liegenden Gedankens ist es sehr zu bedauern, daß dieser Schritt mit einem Krach zwischen den Staaten begonnen wurde. Doch wir wollen uns nicht über die Art und Weise des Vertragsabschlusses unterhalten, sondern über die Frage an sich.

Allgemein ist die Ueberzeugung, daß eine der wichtigsten Ursachen der Weltwirtschaftskrisis und Wirtschaftsnot der Hochprotektionismus ist. Nach dem Grundprinzip wirtschaftlicher Tätigkeit hat man vom Konsum auszugehen. Zwecks billiger Versorgung der Konsumenten mit den Waren sollen diese da produziert werden, wo die günstigsten

Standortverhältnisse sind. Doch die nationalistiche Wirtschaftspolitik hat immer wieder gegen dies Grundprinzip verstoßen. Infolge hoher Zölle ist den für die Erzeugung benötigten Ländern der Export bestimmter Waren erschwert, ja teilweise unmöglich gemacht worden. Infolgedessen sind alle Länder gezwungen worden, ihre Produktion auf weniger rentable Zweige auszubehnen. Die Agrarstaaten gingen zur Industrieproduktion über, die Industriestaaten bauten ihre Agrarproduktion aus, mit dem Ergebnis, daß die Waren immer weiter verteuert wurden, die Konsumenten nicht mehr kaufen konnten.

Besonders seit der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1927 heißt es immer wieder: Wir müssen uns frei machen von diesen Fesseln des Hochprotektionismus, wir müssen die Geister der Hochzollpolitik los werden. Man versuchte zunächst auf umfassender internationaler Basis einen Zollabbau, doch dieser Versuch scheiterte, da die überseeischen Länder hieran viel zu wenig interessiert sind, ihre eigene Schutzpolitik noch nicht als Hemmnis empfinden. So konzentrierte man ab 1929 diese Zollabbaubemühungen auf Europa. Zu Anfang 1930 wurde eine Zollfriedenskonferenz einberufen, die zu einer Verpflichtung, die Zölle nicht mehr zu erhöhen, und zu einem Programm des allmählichen Zollabbaues führen sollte. Doch diese Bemühungen blieben erfolglos. Der Witte März 1931 zum letzten Male unternommene Versuch, die einzelnen Verträge in Kräft treten zu lassen, scheiterte kläglich, der Holländer Colijn als Vor-

sitzender der drei stattgefundenen Zollfriedenskonferenzen mußte erklären, daß alle Bemühungen reiflos gescheitert seien. Als Ursache sind vor allem zwei Momente anzuführen. Erstens ist auch ein europäischer Kreis ein viel zu großer Komplex, um zu einem solchen Abkommen zu gelangen. Zweitens können hier nicht allmählich zu ergreifende Maßnahmen helfen, sondern nur radikale. Diese radikale Maßnahme heißt Zollunion. Eine Zollunion besagt, daß im Verkehr zwischen den eine Zollunion abschließenden Staaten die Zollgrenzen beseitigt werden und somit innerhalb dieses neu geschaffenen einheitlichen Gebietes eine bessere Arbeitsteilung vorgenommen, die Produktion verbilligt wird.

Der Abschluß einer solchen Zollunion ist selbstverständlich ein sehr radikaler Schritt. Wenn auch theoretische Erwägungen und praktische Erfahrungen zeigen, daß eine Zollunion eine Verbilligung der Produktion und somit eine Befebung der Wirtschaft zur Folge hat, so wird doch zunächst manche unrentable arbeitende Fabrik eingehen und eine gewisse Umstellung und Neuorganisation der Wirtschaft stattfinden müssen. Wegen dieser weitgehenden wirtschaftlichen und vor allem auch wegen der politischen Konsequenzen wagt sich die offizielle Politik nur schwer an derartige Maßnahmen heran. Eine Zollunion wurde zum erstenmal in Deutschland im Rahmen der Zollfriedensverhandlungen vorgeschlagen und in etwas vorsichtigerer Form von dem österreichischen Minister Dr. Schöber, der auf der Völkerverbunderversammlung 1930 den Abschluß regionaler Abkommen vorschlug, um so Europa von unten herauf zu organisieren. Will man langsam aber sicher zu einer europäischen Zollunion gelangen, so wäre der geordnete Weg natürlich über eine deutsch-französische Einigung, als erster Schritt. In einer Zollunion dieser beiden Staaten stehen sich zwei gleich starke Wirtschaftskörper gegenüber, würde ein in sich geschlossener großer Markt entstehen, dem sich anzuschließen im Interesse aller anderen Länder liegen müßte. Untersuchungen haben ergeben, daß eine deutsch-französische Zollunion möglich ist, nur geringe Opfer verlangt, die aber durch den Gewinn vollkommen aufgehoben werden. Doch Frankreich ist zur Zeit zum Abschluß einer Zollunion mit Deutschland noch nicht bereit.

Das Problem der Zollunion rückt wieder in den Vordergrund, als die Agrarstaaten Südosteuropas von den Industriefaaten Mitteleuropas eine Vorzugsbehandlung für ihre Agrarzeugnisse verlangen. Der beste Weg wäre eine Zollunion zwischen den mitteleuropäischen Industriestaaten und den südosteuropäischen Agrarstaaten, d. h. eine Zollunion von Kiel bis Sofia. Doch die Südoststaaten sind zu einem solchen umfassenden Abkommen noch nicht bereit, so daß die Verhandlungen zunächst auf anderer Basis gepflogen werden.

Während nur in Wien die Südoststaaten mit den mitteleuropäischen Industriestaaten über neue Handelsverträge verhandeln, während in Paris die Vertreter der europäischen Staaten zusammentreten, um über die Organisation und die Aufgaben des beim Völkerverbund gebildeten Europaausschusses zu beraten, handeln Deutschland und Oesterreich durch Abschluß einer Zollunion. Es war ein gewagter Schritt. Nicht so sehr aus wirtschaftlichen Gründen, denn seit Jahren sind sich die Wirtschaftskreise der beiden Länder darüber im klaren, daß eine Zollunion für beide Seiten ein großer Gewinn ist. Wohl aber war dieser Schritt aus politischen Gründen ein Wagnis, was durch die außenpolitischen Folgen bestätigt wird. Es ist nämlich Oesterreich durch den Friedensvertrag und durch die Genfer Bestätigungen von 1922 jede Maßnahme unterlag, die zur Einschränkung seiner Unabhängigkeit führen könnte. Um mit diesen Bestimmungen nicht in Konflikt zu geraten, ist der Zollunionsvertrag so gehalten worden, daß beide

Staaten ihre Unabhängigkeit behalten, daß jeder in seiner Handels-, Zoll- und Wirtschaftspolitik souverän ist, wobei aber darauf geachtet werden soll, daß die von den Parlamenten der beiden Staaten getroffenen zoll- und handelspolitischen Maßnahmen sich decken. Im Verkehr zwischen den beiden Staaten sollen mit Ausnahmen von einigen für kurze Zeit gebotenen Zwischenzöllen alle Zölle fallen. Es handelt sich also um eine Zollunion, die Eingriffe in die Souveränität der einzelnen Staaten verbietet.

Die Vorteile der europäischen Staaten gegen den Vertrag sind natürlich nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Doch haben beide Staaten offen und ehrlich erklärt, daß sie diese deutsch-österreichische Zollunion als Einleitung einer allgemeinen europäischen Zollunion aufassen, daß jeder Staat unter gleichen Voraussetzungen diesem Vertrag beitreten kann. Oesterreich hat dann ja auch auf den Protest der Tschechoslowakei mit der Einladung zum Beitritt geantwortet. Ob einzelne Staaten dieser Einladung Folge leisten werden, ist eine offene Frage. Ein Vorstoß gegen die Genfer Vereinbarungen besteht nicht. Der Stein ist auf jeden Fall ins Rollen gekommen, die Frage der europäischen Zollunion, vor kurzem noch als Phantasiemotiv abgetan, ist in den Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Interesses gerückt. Durch die deutsch-österreichische Zollunion ist die europäische Zollunion eingeleitet worden. Das ist der tiefere Sinn, die große historische Bedeutung dieses Vertrages.

Diese Forderung der europäischen Zollunion ist eine allgemein wirtschaftspolitische, denn sie bezweckt die günstigere Organisation und Verbilligung der Produktion. Deswegen haben sich auch die Gewerkschaften weitgehend diese Forderung zu eigen gemacht, hat der Internationale Gewerkschaftsbund auf seinem vorjährigen Kongress ausdrücklich die Abschaffung der europäischen Zollmauern verlangt. Deswegen ist auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt dieser neue Weg deutscher und europäischer Handelspolitik zu begrüßen. Bei der Verschiedenheit der Struktur der beiden Länder müssen wir uns darüber klar sein, daß noch allerhand Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Dennoch wollen wir uns ehrlich bemühen, an der Zusammenarbeit der beiden europäischen Völker deutscher Zunge mitzuwirken. Es soll dies in der Abicht geschehen, den Weg zu öffnen für eine endgültige Befriedigung der europäischen Völker.

Gesamteinkommen und Gesamtkaufkraft der Industriebelegschaft im Jahre 1930

Einkommensverluste 1930 gegenüber 1929.

Im Jahre 1930 ist das Einkommen der Gesamtindustriebelegschaft sehr stark gesunken. Diese Senkung wurde in erster Linie durch steigende Verluste infolge von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, zum Teil aber auch durch einen Abbau der über tariflichen Lohnzuschläge verursacht. Die Tariflöhne selbst sind gegenüber 1929 trotz der Senkungen gegen Ende des Jahres 1930 noch gestiegen.

Das Reallohneinkommen der Industriebelegschaft, das heißt das Einkommen einschließlich der über tariflichen Zahlungen, aber ausschließlich aller

Lohnverluste durch Arbeitslosigkeit, Steuern usw., sank von 1929 bis 1930 um annähernd eine Milliarde Mark.

Die Lohnverluste durch Arbeitslosigkeit stiegen von 1929 bis 1930 um über zwei Milliarden Mark.

Die Lohnverluste durch Kurzarbeit stiegen von 1929 bis 1930 um über eine Viertelmilliarde Mark.

Die Lohnverluste durch soziale Lasten (Versicherungsbeiträge) und Steuern stiegen kaum; zwar wurde der Prozentsatz der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung beträchtlich erhöht; da er aber von einem gesunkenen Lohn Einkommen abgezogen wurde, stieg der Verlust an Lohn in absoluten Zahlen, das heißt in Mark und Pfennig, nicht entsprechend dem Steigen des prozentualen Abzuges. Wenn wir annehmen, daß der Prozentsatz des Lohnes, der für Versicherungsbeiträge und Steuern abgezogen wurde, von 1929 bis 1930 von 11 auf 13 Proz. stieg, so bedeutet das infolge des Sinkens des Lohnes, von dem die Abzüge gemacht werden, nur einen Lohnverlust von wenigen Millionen, der hier unberücksichtigt bleiben kann.

Sollte man aber nicht die Arbeitslosenunterstützung von den Lohnverlusten abziehen? Das wäre notwendig, wenn man neben der Einkommensverlustrechnung noch eine Vermögensverlustrechnung aufmachen würde. Dann hätte man die Unterstützungen, die aus den Beitragszahlungen der Arbeiter aus der Arbeitslosenversicherung gezahlt werden, von den Einkommensverlusten abzugiehen und sie auf der anderen Seite einmischendlich der Beitragszahlungen der Unternehmer als Vermögensverluste zu buchen. Die Beitragszahlungen der Unternehmer wären als Einkommensverluste der Arbeiter zu betrachten, da der Unternehmer diese Beiträge doch offenbar deswegen zahlt, weil das dem Arbeiter ausgehängende Einkommen nicht dazu reicht; und wenn die staatliche Arbeitslosenversicherung zum Beispiel aufgehoben werden würde, so müßten die Arbeiter doch wohl, wenn diese Aufhebung nicht eine Verschlechterung ihrer Lage bedeuten sollte, entsprechend höhere Löhne erhalten. Wir wollen zunächst jedoch nur berechnen, wieviel dem Arbeiter von dem Einkommen, das er für volle Arbeit erhält, 1930 gegenüber 1929 verlorengegangen ist.

Wir kommen dann zu einem Reallohneinkommensverlust allein für die Industriebelegschaft von 3 1/2 bis 3 Milliarden Mark, wenn wir 1929 und 1930 vergleichen.

Einkommens- und Vermögensverluste durch Wirtschaftskrisen 1930.

Da aber die Einkommensverluste auch im Jahre 1929 schon sehr hoch waren, ist es von Interesse, festzustellen, wie hoch die tatsächlichen Gesamteinkommensverluste der Industriebelegschaft allein infolge von Störungen im Wirtschaftsablauf waren.

Die größten Verluste verursachten wohl Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Lediglich durch Arbeitslosigkeit verloren die Industriearbeiter im Jahre 1930 etwa 6 1/2 Milliarden Mark. Die Lohnverluste infolge von Kurzarbeit betragen annähernd eine Milliarde Mark. Durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit allein verlor die Industriebelegschaft etwa 7 1/2 Milliarden Mark.

An Beiträgen zur Versicherung gegen die Folgen von Störungen des wirtschaftlichen Ablaufs (Arbeits-

losenversicherung) mußten die Arbeiter etwa eine halbe Milliarde Mark zahlen. Der gleiche Betrag wurde ihnen von den Unternehmern nicht als Lohn ausgezahlt, sondern ebenfalls der Arbeitslosenversicherung zugeführt. Das ergibt zusammen einen Einkommensverlust von etwa einer Milliarde Mark. Diese eine Milliarde ist als Vermögensgewinn der Industriearbeiter zu buchen. Da sie aber infolge der hohen Arbeitslosigkeit dieses Vermögens in Form von Unterstützungen verbrauchten, ging auch ihr Vermögen verloren.

Zu diesen Verlusten sind noch die Lohnverluste infolge des Druckes der gewaltigen Reservearmee der Arbeitslosen auf den über tariflichen Lohnzuschlag zu berücksichtigen. Diese Verluste sind natürlich nur sehr schwer zu schätzen. Nehmen wir aber selbst an, daß die über tariflichen Zuschläge nicht gestiegen, sondern seit 1928 (ihrem höchsten Stand) stabil geblieben wären, und daß die Tariflöhne nur so langsam gestiegen wäre, wie er tatsächlich gestiegen ist, so kommen wir zu einem weiteren Einkommensverlust von fast zwei Milliarden Mark.

Addieren wir diese Verluste zusammen, so stellen wir einen Gesamteinkommensverlust allein infolge von Störungen im Ablauf der Wirtschaft für das Jahr 1930 von über zehn Milliarden Mark fest, wozu noch ein Vermögensverlust von einer Milliarde kommt.

Kaufkraftverluste 1930 gegenüber 1929.

Alle diese Betrachtungen gingen vom Einkommen bzw. Vermögen der Industriebelegschaft aus. Dieser Ausgangspunkt ist natürlich nicht identisch mit dem bei der Frage nach der Entwicklung der Kaufkraft der Industriebelegschaft.

So bedeutet zum Beispiel der Verlust des Vermögens der Industriebelegschaft, das sich in der Arbeitslosenversicherung ansammelt, das heißt die Ausschüttung des Fonds der Arbeitslosenversicherung in Form von Unterstützungen an die Arbeiter, die Verwandlung von Vermögen in kaufkräftiges Einkommen, also nicht nur keinen Verlust (wie bei der Einkommens- und Vermögensrechnung), sondern einen Gewinn an Kaufkraft.

Der Kaufkraftverlust der Industriebelegschaft im Jahre 1929 gegenüber dem Jahre 1930 ergibt sich, indem wir als Einkommen das Reineinkommen einsetzen, das sich aus dem Reineinkommen (Tariflohn) einkommen zuzüglich über tariflicher Zuschläge) abzüglich der Lohnverluste durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Steuern und Versicherungsbeiträge, zuzüglich der Unterstühtungsbeiträge ergibt, und indem wir dieses Reineinkommen zur Entschärfung der Preise in Beziehung setzen. Der Verlust an Reineinkommen betrug im Jahre 1930 gegenüber 1929 etwa 2,9 Milliarden Mark; das sind etwa 12 1/2 Proz. oder ein Viertel des Reineinkommens von 1929. Da aber gleichzeitig die Preise gesunken sind, so ergibt sich ein geringerer Kaufkraftverlust. Wenn wir zur Messung des Kaufkraftverlustes den amtlichen Lebenshaltungskostenindex benutzen, der allerdings infolge seiner Konstruktion die Senkung der Preise zu groß erscheinen läßt, so ergibt sich ein Kaufkraftverlust des Gesamteinkommens der Industriebelegschaft von 1929 bis 1930 im Gesamtumfang von annähernd 9 Proz. Tatsächlich dürfte der Kaufkraftverlust über 10 Proz. betragen. Jürgen K u c z n a s t

Das Märchen vom Osterhasen.

Von Kurt Schmeller.

Bompe wohnte am Feldrain unter einem dichten Heckenrosenbusch. Sie hatten da ein molliges Lager; die Dornen des Rosenbusches schützten sie vor Raubvögeln und vor dem Fruchts, das Gras darin war weich und lang, unmittelbar vor dem Ausgang war ein Kieselstein — Klee war ihr Lieblingsfutter — nicht weit ein Rübenfeld, und junges Getreide gabs auch in der Nähe. Mama Bompe war eine nette, verträgliche Hasenfrau, Vater Bompe hätte wirklich ein behagliches Leben führen können, aber er hatte es mit dem Grubeln.

So konnte er gar nicht darüber fertig werden, daß die Vögel ja schöne runde Eier legen. Oft sah er ihnen dabei zu, dem Kotzschinken und dem Jounstänig im Dornbusch, denn da hatten sie ihre Nester, der Berche und der Wadstel auf den Äckern; sogar die Eidechse am Feldrain konnte es, und er, der elegante, schnellsichtige Bompe, konnte es nicht.

Die Vögel sagten, es ginge ganz leicht, sie brachten sich gar keine besondere Mühe dabei zu geben, auch die Eidechse meinte, nein, besonders anstrengend brauche sie sich gar nicht, und unser gute Bompe strengte sich an, es ihnen gleichzutun; aber was er dann legte, war alles anders, bloß keine Eier.

Mama Bompe ärgerete sich über ihren Mann und sagte öfters zu ihm:

„Bompe, du bist kein Vogel, aber du hast einen. Wie kommst du bloß auf diese verrückte Idee, Eier legen zu wollen. Und wozu willst du es eigentlich? Kinder kriegen wir doch auch so.“

„Daß mich in Ruh“, knurrte Bompe dann; um die Wahrheit zu sagen, er wußte es selber nicht, warum er mit Gewalt Eier legen wollte, aber ihm war nun mal ja,

Er fand es ärgerlich, daß er nichts Genaueres darüber ergründen konnte, wie man es macht. Die Hühner sagten, man müsse Dütt hatten. „Ich bin Vegetarier“, sagte Bompe, „und esse ausschließlich Gemüse.“ Darauf kame es aber gar nicht an, sagten alle Vögel, einen Wurm oder ein paar Käfer dürfe man schon essen, und dann vor allen Dingen regelmäßig Katt, damit die Eierchale schön fest würde. Bompe verhielte alle Tage ein paar Kastlände und zwang sich Mistkäfer hinunter, aber es wurde ihm nur sehr schlecht danach und Eier legte er doch nicht.

Bloßdicht liegt es daran, dachte er, daß ich nicht singen kann wie ein Vogel. Er übte sich also im Gesang, aber sehr schön klang es nicht, und die andern Hasen lachten ihn nur aus.

So schlich er oft betrübt durch Feld und Wiesen, veruchte fliegen zu lernen wie die Vögel, und man sah ihn tagelang die tollsten Sprünge machen. Auch das gelang nicht, und wenn mans recht bedenkt, hat ja auch das Fliegen mit dem Eierlegen nichts zu tun.

Es ging auf die Osterzeit zu; Bompe dachte daran, daß zu Ostern Wunder geschehen können, und so hoffte er auch für sich auf eins. Am Gründonnerstag wars, da strich er wieder einsam und erwartungslos einher, und plötzlich hörte er flüstern: „Bompe, Bompe!“

Er spitzte die Ohren — es war eine herrliche Blume, die ihn rief, eine, wie er sie noch nie erblickt hatte; sie stand einsam und wunder schön da, grün, blau, rot und gelb waren ihre Blüten.

„Wer bist du denn?“ fragte Bompe, „duh habe ich ja noch nie gesehen?“

„Ich bin die Gründonnerstagsblume, der Frühlingsschöne“, flüsterte die Pflanze, „und du bist ein Glückspilz, daß du mich siehst; ich blühe nur am Gründonnerstag, und wenn du ein paar von meinen

Blättern zu dir nimmst, so geht dein Diebstahlswunsch in Erfüllung.“

„Oh! Eierlegen!“ rief Bompe.

„Schön“, sagte die Gründonnerstagsblume, „aber du mußt ändern damit eine Freude bereiten.“

„Gerne“, rief Bompe und dachte an die Kinder, denn die andern Hasen würden sich ja doch nicht daran freuen.

Er fraß also vorzüglich ein paar Blättchen unten von der Gründonnerstagsblume, um ihr nicht weh zu tun.

„Komm nächstes Jahr wieder und verrate nichts“, sagte noch die schöne Pflanze, dann legte sie sich um, wurde weich und starb.

Bompe fühlte sich etwas absonderlich, es ging Ungewohntes in ihm vor, und er verbrachte die ganze Zeit bis zum Ostertag zu seinem eigenen Erstaunen damit, Nester an hübschen Stellen zu bauen, am Gariengrün, hinten am Busch und unter dem blauen Apfelbaum.

Wahrhaftig, am Ostertag begann er Eier zu legen, herrliche rote, blaue, gelbe, marmorierte — es lief von einem Nest zum andern und war ihm natürlich vor Freude, und wenn er Kinder sah, machte er Männchen, schlug Purzelbäume, bis sie aufmerksam auf ihn wurden und nachsahen, was es denn da gäbe. Was glaubt ihr wohl, wie die Kinder sich freuten, als sie zum erstenmal Oster Eier fanden! Bompe bekam den ehrenvollen Namen „Osterhase“ und behielt ihn bis auf den heutigen Tag.

Nun hat ja der erste Bompe, der das Eierlegen zu Ostern lernte, nicht emig geliebt, aber er gab das Geheimnis an seinen ältesten Sohn weiter und der wieder an seinen ältesten Sohn, und so blieb das Oster Eierlegen in der Familie Bompe, denn nur sie kennt die Gründonnerstagsblume und weiß, wo sie zu finden ist.

Neuseeland für die 36-Stunden-Woche.

(S. 23.) Auch in Neuseeland gibt die Arbeitslosigkeit zu den größten Bedenken Anlass. Regierungsinstanzen, Unternehmer und Arbeiterorganisationen bringen die verschiedensten Mittel und Methoden in Vorschlag, um das große Uebel zu beseitigen. Die Frage ist um so brennender und wird um so vorurteilloser behandelt, als es in Neuseeland noch nahezu keine Fürsorgemaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit gibt und man deshalb an kein Mittel des Kampfes traditionell gebunden ist. Es ist deshalb von besonderer Bedeutung, daß sich bei allen Erwägungen die Aufmerksamkeit immer wieder auf die Verkürzung der Arbeitszeit konzentriert. Denn aus amtlichen Feststellungen geht hervor, daß die Maschine in den letzten acht Jahren von je 100 Arbeitern mindestens 30 brotlos gemacht hat. Es steht demnach fest, so folgert man in Neuseeland, daß, wenn sich in den genannten acht Jahren die Produktionsweise nicht verändert hätte, es heute in Neuseeland keine Arbeitslosen gäbe.

„Die Arbeiterbewegung Neuseelands“, so schreibt „The New Zealand Transport Worker“, muß deshalb ihr Programm entsprechend ergänzen. Zunächst der gegenwärtigen Produktionsweise ist uns mit bloßen Notstandsarbeiten, mit Arbeitslosenunterstützungen und ähnlichen „sozialen Pfaffen“ nicht geschoren. Unsere erste Pflicht ist die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 36 Stunden. Eine solche Maßnahme würde jedem Arbeiter Neuseelands sofort Beschäftigung geben. Daneben kommt in zweiter Linie die Schaffung einer Art Sozialfonds in Betracht, aus dem den alten und arbeitsunfähigen Bürgern sowie jenen, die beim Übergang von einer in die andere Stelle arbeitslos werden, ein anfänglicher Lohn gesichert wird. Dies muß unser Programm sein. Denn es ist praktisch und fortzuschrittlich. Die Maschine darf nicht zum Vorteil einiger Weniger, sondern sie muß in Dienste aller verwendet werden.“

Gegen den Abbau im Schul- und Bildungswesen.

Das öffentliche Schulwesen, kulturpolitische Einrichtungen und sonstige Bildungsstätten sind in hohem Maße Objekt der obwaltenden Sparpolitik geworden. Die geplanten und teilweise bereits durchgeführten Abbaumaßnahmen nehmen einen so großen Umfang an, daß das Schlimmste für die Weiterarbeit und Existenz mancher Einrichtungen zu befürchten und jeder Bildungsfreund mit ernstlicher Sorge erfüllt ist. Wiederum sind eine Reihe von Maßnahmen besonders angeht, das kulturelle Erbe der Arbeiterklasse zu hemmen. Die Notwendigkeit bedeutungsvoller Bildungseinrichtungen nach Hilfe werden immer dringender. Es sei darum die Aufmerksamkeit nochmals auf diesen Frauentreis gelenkt. Der bereits in einem Aufsatz „Kaisers Sparpolitik im Schulwesen“ in der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 10/1931 behandelte worden ist. Insbesondere sollten die Arbeiter in den Landes- und Städteparlamenten sich diese Ausführungen zu eigen machen und mit aller Kraft bestrebt sein, einem Abbau entgegenzuwirken. Es heißt in dem Aufsatz: „Weiß, auch die Schule wird der herrschenden Finanznot Opfer bringen müssen. Tragbaren und sinnvollen Sparmaßnahmen wird auch, bei aller Anerkennung des Grundlages, daß für die Erziehung der heranwachsenden Generation das Beste eingesetzt werden muß und der Bildungsetat seinem Wesen nach immer ein Zuschußetat sein wird, die Zustimmung nicht zu verweigern.“ Was jedoch im einzelnen geplant und teilweise schon durchgeführt wird, ist geeignet, die Substanz und weitere Arbeit der Schule zu gefährden. Die Maßnahmen lassen grundsätzliche pädagogische Gesichtspunkte außer acht und werden weder wirtschaftlichen noch schulorganisatorischen Erfordernissen gerecht.

Mit Recht wird weiter auf die verhängnisvollen Folgen solcher Sparmaßnahmen aufmerksam gemacht, die in ihrer vollen Schwere in erster Linie die Volks- und Berufsschulen treffen. Gegen die hohen Aufwendungen für das höhere Schulwesen wird nur mit zaghaften Maßnahmen in unzulänglichem Maße vorgegangen. Die Länder sind als Träger der persönlichen Kosten an deren Berringerung interessiert; die Maßnahmen zielen darum im wesentlichen auf eine Einsparung von Lehrerstellen in der Volks- und Berufsschule hin. Durch Herabsetzung der Schülerzahl pro Klasse und Erhöhung der wöchentlichen vom Lehrer zu erteilenden Pflichtstundenzahl sollen Lehrkräfte freigesetzt werden. In daß noch nicht fest angestellten Lehrern getündigt werden kann oder sich die Belastung freiberwerbender Stellen erhöht, was in gewissem Umfang die Gefahr des Überalterns des Bekehrkörpers zur Folge hat. Auch werden gegebenenfalls neue methodische und pädagogische Strömungen ausgeschlossen. Die Städte, die in einzelnen Ländern Anteil an den persönlichen Kosten leisten, fördern diese Bestrebungen durch Zusammenlegung von Klassen und ganzen Schulen. Da sie weiter den tatsächlichen Aufwand be-

streiten, werden die Ausgaben für Lehr- und Lernmittel, für Schülermanerungen und Spiele, für Ausbau der Lehrer- und Schülerbibliothek, für den Betrieb anderer wichtiger Anhaltungsstätten (zoo-logische und botanische Gärten u. a.) und für die vielorts zu dringend notwendigen Schulneubauten eingeschränkt.

Die Städte werden bei diesen Abbaubestrebungen gestärkt durch die im Vorhand des Städtetages herrschende Auffassung. Der Vorstand hat entsprechende Richtlinien seinen Mitgliedsstädten zugeteilt. Auch die Landgemeinden, obwohl ihr Schulwesen gerade einen Ausbau dringend erfordert, sind dem Beispiel der Städte gefolgt, und der „Verband der preussischen Landgemeinden“ hat kürzlich gleichfalls vorkäufliche Richtlinien zur Erzielung von Ersparnissen ausgearbeitet, die im wesentlichen denen des Städtetages entsprechen.

Die Erhöhung der Klassenbesetzungsziffer bedeutet eine schwere Beeinträchtigung der lehrerbildnerischen Arbeit. Sie unterbricht eine erstzunehmende Umwälzung der Volksschule, in der vorwärtsweisende Arbeit nur möglich werden konnte durch Verringerung der Schülerzahl, die immer erhöht, aber erst in den Nachkriegsjahren, wenn auch nicht überall in gleichem Tempo, wirksam wurde. Bei größerer Schülerzahl muß sich zwangsläufig die Arbeitsweise vergrößern. Der Aufenthalt in überfüllten Räumen bringt ferner auch gesundheitliche Schädigungen mit sich und schwächt die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit der Kinder. Gerade bei der jetzigen Wirtschaftsnote mit ihrem Gefolge von Entbehrung, Armut und Sorge müßte die Schule zu intensiver Erziehungsarbeit Gelegenheit haben.

Die Maßnahmen, die den Stand der Ausbildung der deutschen Jugend schwersten schädigen, sind auch wirtschaftlich gesehen, völlig verfehlt, denn die künftige Bedeutung Deutschlands liegt zweifellos in der Entfaltung seiner Arbeitskräfte. Nur wenn diese bis zum Höchstmaß entwickelt werden, können wir unsere Stellung behaupten.

Die Berufsschule, die durch den schwächeren Schülerzugang in den nächsten Jahren einen gewissen Leerlauf zu verzeichnen hat, ist den herrschenden Abbaubestrebungen besonders ausgelegt, obwohl gerade die jetzige Zeit angeht wäre, den inneren Ausbau vorzunehmen. Für die Erhaltung der Wirksamkeit der Berufsschule wird vorgeschlagen:

- Erweiterung des Kreises der Schulpflichtigen.
- Bermehrte Gründung von Berufs- (Kreis-) Berufsschulen,
- Erziehung und Ausbau von Schulwerkstätten,
- Einschränkung des Unterrichts durch nebenamtliche Lehrer.
- Bermehrte Inanspruchnahme der Berufsschulen für die Bildungsmaßnahmen für erwerbslose Jugendliche.

Es wird mit Recht bemerkt, daß am besten zu sparen wäre, wenn der Ueberkletterung der Bildungsansforderungen Einhalt getan wird; zeigen doch die Debatten um das Berechtigungswesen, wie dieses zwangsläufig zu einer Frage der Schulorganisation wird. Die höhere Schule kann nicht mehr der einzige Weg zur Hochschule sein. Volksschule und Berufsschule sind organisatorisch und organisch zu verknüpfen und so leistungsfähig zu gestalten, daß auch von diesem Fundament ein neuer Weg insbesondere für die praktischen Intelligenzen zu den weiterführenden Schulen eröffnet wird. Die Abbaumaßnahmen für Volks- und Berufsschulen werden hingegen die praktische Auswirkung zeitigen, daß diese Schulen noch weniger geachtet werden, und der Zulauf zu den höheren Schulen, die ohnehin Eltern, Wirtschaft und Staat in unerträglicher Weise belasten, noch mehr answillt.

Die vorgesehnen Abbaumaßnahmen sind nur kleinliche Mittel, deren finanzieller Erfolg zudem sehr fragwürdig ist. Eine durchgreifende Sparpolitik wäre allein durch eine großzügige Reform des gesamten öffentlichen Schulwesens möglich. Die Vielfältigkeit und Ueberflüssigkeit des deutschen Schulwesens macht eine rationale Gestaltung desselben zu einer gebieterischen Pflicht. Das Reichsinnenministerium muß hier im Sinne einer Bereinhaltung wirken, wenn auch deren Erfolg auf weite Sicht gestellt sein wird.

Auch von den Rektoren fast sämtlicher Hochschulen ergeht ein Ruf. Es heißt darin:

„In diesen öffentlichen Haushaltsplänen für 1931 sind die Mittel für wissenschaftliche Anstalten und Zwecke gegen 1930 wiederum herabgesetzt worden. Die Folgen solcher Streichungen reichen weiter, als man es aus den — an sich schon bedenklichen — Prozentangaben (meist 10 bis 25 Proz. Abstriche) schließen möchte. Ein großer Teil der Studentenschaft ist infolge der Vermögensverminderung durch die Inflation seit einem Jahrzehnt nicht mehr imstande, wissenschaftliche Bücher zu kaufen.“

Abnehmer wissenschaftlicher Zeitschriften und Bücher sind heute in nicht unerheblichem Maße die amtlichen und öffentlichen Bibliotheken. Es besteht nun die Gefahr, daß in den kommunalen Etats nach drohenden Streichungen für eine große Zahl von wissenschaftlichen Zeitschriften und von fort-

laufenden und geplanten wissenschaftlichen Veröffentlichungen vorgenommen werden und so die Gefahr eines Eingehens von wissenschaftlichen Zeitschriften und anderen Veröffentlichungen greifbar wird. Ganz abgesehen davon, daß solche Maßnahmen weitere Entlassungen von Angestellten und Arbeitern des Buchgewerbes mit sich bringen, würde das Eingehen dieser Literatur eine Minderung des deutschen Kulturbesitzes bedeuten und eine drohende Verarmung unseres geistigen Lebens müßte Platz greifen.

Der Aufruf bemerkt weiter, daß eben jetzt sich „Ausritte aus den kulturellen und gemeinnützigen Vereinen häufen und wissenschaftliche Zeitschriften und laufende Veröffentlichungen von den privaten Bezüchern in großer Zahl abbestellt werden“.

Der Aufruf schließt mit dem Appell „an alle Instanzen des öffentlichen Lebens, daß bei ihren finanziellen Entscheidungen der hohen Verantwortung bewußt zu sein, die sie für die geistige Fortentwicklung Deutschlands tragen“.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Nürnberg. Unsere diesjährige Generalversammlung fand im Zeichen der allgemeinen Wirtschaftskrise. Kollege Neubauer erstattete den Geschäftsbericht und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß trotz des geradezu katastrophalen Beschäftigungsgrades in allen Branchen die Zusammenarbeit der Kollegenschaft im Verband sehr gut war. Baren im Jahre 1929 einzelne Branchen noch leidlich beschäftigt, so wurden auch diese 1930 von der Krise erfaßt. Am stärksten hielten die Kollegen der Portefeulleindustrie und des Tapezierergewerbes zu leiden. Lohnabbau konnte im vergangenen Jahre abgemehrt werden, dagegen mußten in diesem Jahr in der Lederwaren- und Treibriemenindustrie Abzüge von 5 bis 6 Proz. hingenommen werden. Verstorben sind im vergangenen Jahr sechs Kollegen und eine Kollegin. Dieselben wurden in würdiger Weise beerdigt. Kollege Wöhner gab den Kassenericht. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 37 570 24 Mk., die Ausgaben 36 146,15 Mk. Arbeitslosenunterstützung wurde ausbezahlt 13 671,10 Mk., Wahnachtsunterstützung 1986 20 Mk. Die Gesamteinnahmen und Ausgaben der Kassa betragen 12 825,32 Mk. Der Mittelbestand ist gegenüber dem Vorjahre um 95 Mark über zurückgegangen. Der Grund hierfür dürfte wohl in dem allgemeinen Arbeitsmangel zu suchen sein. In der Diskussion kam allgemein der Wunsch zum Ausdruck, die Kollegenschaft möge aktiver werden, um in den kommenden Kämpfen gewappnet zu sein. Dem Kassierer wird auf Antrag der Rektoren einstimmig Entlastung erteilt. Die Wahl der Gesamtverwaltung ergab einstimmig die Wiederwahl der bisherigen Verwaltung. Kollege Neubauer dankte der Versammlung für das geschenkte Vertrauen und forderte die Kollegenschaft auf, auch im laufenden Geschäftsjahr dem Verband die Treue zu bewahren und die Verwaltung tatkräftig zu unterstützen, trotz Wirtschaftskrise, Lohnabbau und der Schikanen einzelner Unternehmer. Hierauf hielt Kollege Körner (Ansbach) einen kurzen, aber sehr ausföhrlichen Vortrag über „Die Bundeschule in Bernau“. Kollege Körner führte aus, daß die Gewerkschaften schon in der Vorkriegszeit, aus der Erkenntnis heraus, den Kapitalismus siegreich bekämpfen zu können, dazu übergingen, Wochen- und Abendbildungskurse einzuföhren. um die Arbeiterklasse auf ein gewisses Niveau von Bildung und Kultur zu bringen. Daß diese Erkenntnis die richtige war, beweist, daß seit 1919 Arbeiter die höchsten Stellen im Staate einnehmen konnten. Der Ausschwung der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit und der Umstand, daß sich das Unternehmertum die gesamte Wissenschaft dienstbar gemacht habe, veranlaßte den ADGB, ein der Zeit und den Verhältnissen entsprechendes Bildungsinstitut zu errichten. So wurde am 1. Mai 1930 die Bundeschule in Bernau eröffnet. Am 1. August sind zehn Kollegen von unserem Verband dort eingezogen (darunter auch der Vortragende), um sich im Kampfe gegen den Kapitalismus zu schulen, um das erworbene Wissen in den Dienst der Bewegung zu stellen.

Die Lehrföhler sind Arbeitsrecht, Wirtschaftsfragen und Sozialpolitik. Redner machte lobenswerte Bemerkungen zum Gang durch die Bundeschule und schilderte die verschiedenen Räumlichkeiten und Einrichtungen derselben. Er erklärte zum Schluß, daß dieses Institut wohl das einzige seiner Art auf der ganzen Welt sein werde. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Kollege Neubauer erstattete dem Kollegen Körner im Namen der Versammlung den Dank für seinen so außerordentlich trefflichen Vortrag, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch in diesem Jahr wieder ein Kollege vom Gau Bayern an dem Kursus in Bernau teilnehmen möge. Nach Bekanntgabe einiger fröhlicher An- gelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

Gittinger.

Streiks und Lohnbewegungen.

Tapezierer.

Duisburg. Am 19. März wurde ein neues Lohnabkommen gefällig. Danach beträgt der Mindestlohn vom 1. April bis zum 31. August 1931 1,14 M.

Frankfurt a. M. Zwischen dem Deutschen Möbelfachverband und unserer Ortsverwaltung wurde eine neue Lohnvereinbarung getroffen. Der Tariflohn wurde auf 1,19 M. festgesetzt und ist mit 14tägiger Frist zum 14. August 1931 kündbar.

Mainz. Die in Nr. 11 mitgeteilten Löhne sind noch nicht endgültig.

Streiks und Aussperrungen.

In **Hameln, Kallerslautern und Rabenau** stehen in einzelnen Möbelbetrieben die Kollegen im Streik bzw. sind ausgesperrt. Die betreffenden Betriebe sind gesperrt.

Wirtschaftskrise

drosselt die Automobilindustrie.

Der Produktionsausfall 1930 hat besonders stark die amerikanische Autoindustrie betroffen. Die mit einem Produktionsausfall von rund 2 Millionen Wagen auf eine Produktion von 3,3 Millionen Stück und damit unter den Stand des Jahres 1927 zurückgeworfen ist. Die Produktionsverluste der anderen Länder, Englands von 239 000 im Jahre 1929 auf 237 000 im Jahre 1930, Frankreichs von 240 000 auf 230 000, Italiens von 91 000 auf 79 000, Deutschlands von 88 000 auf 72 000 sind auch verhältnismäßig wesentlich geringer. Allerdings dürfte der Rückgang der amerikanischen Erzeugung und vor allem des amerikanischen Automobilports im letzten Jahr von 547 000 auf etwa 240 000 nicht nur durch die Krise bedingt sein. Es wird infolge der wachsenden Zollschranken der amerikanischen Autoexport durch Fiktalproduktion in den bisherigen Absatzländern erleidet, indem man hier nicht nur Montagewerksstätten, sondern neue Fabrikationsanlagen entwickelte, wie es vor allem Ford und General Motors getan haben. Ob diese Verlegung der Erzeugung, die zwar für die Absatzländer mit Hinblick auf die Handelsbilanz und die vermehrten Beschäftigungsmöglichkeiten vorteilhaft ist, für die ständige Verbesserung und Verbilligung der Produktion sich als nützlich erweisen wird, ist höchst zweifelhaft. Wahrscheinlich wird durch diese Entwicklung das Tempo der bisher schnell fortschreitenden Kostenverbilligung in der Herstellung verlangsamt werden.

Kinderzuschuß zur Invalidenrente.

Hat der Rentenempfänger Kinder, so erhöht sich die Invalidenrente für jedes von ihnen bis zum vollendeten 15. Lebensjahr um jährlich 120 M. Erhält das Kind nach Vollendung des 15. Lebensjahres Schul- oder Berufsausbildung, so wird der Kinderzuschuß bis zum vollendeten 21. Lebensjahre gewährt, solange die Schul- oder Berufsausbildung dauert und der Versicherte das Kind überwiegend unterhält. Der Kinderzuschuß wird für Kinder, die infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande sind, sich selbst zu erhalten, gewährt, solange der Zustand dauert und der Versicherte das Kind überwiegend unterhält.

Auch Ford übt Steuerflucht.

Die Muttergesellschaft der europäischen Ford-Gesellschaften befindet sich in England, die Tochtergesellschaften in Deutschland, Holland, Frankreich, Italien und Dänemark. An den Aktienkapitalien der Tochtergesellschaften war die englische Muttergesellschaft mit je 60 Proz. und an der italienischen sogar mit 70 Proz. beteiligt. Die Ford-Unternehmungen des europäischen Kontinents brachten der Muttergesellschaft hohe Gewinne, im Vorjahr mehr als 15 Millionen Mark. Um diese Gewinne nicht nach den englischen Steuerregeln versteuern zu müssen, wurde in Luxemburg eine Dachgesellschaft gegründet, der die englische Muttergesellschaft ihre Beteiligung an den Ford-Betrieben der erwähnten Länder übertrug und zwar zu einem Preis, der um etwa 15 Millionen Mark über den Nennwert des Aktienbesitzes hinausgeht. Diese Kapitalsumme soll den Aktionären der Muttergesellschaft in späterem Zeitpunkt in Form von Gratisaktien, die in England nicht steuerpflichtig sind, verteilt werden, während die Gewinne der europäischen Betriebe die nächsten Steuerhöfe Luxemburgs genießen sollen. Im übrigen machten die Ford-Gesellschaften selbst im Jahre 1930 sehr gute Geschäfte. Die Bilanz der Muttergesellschaft zeigt in diesem Jahr für das englische und irische Geschäft einen gegenüber dem Vor-

jahr um 7,6 Proz. erhöhten Gewinn. Unter Einfluß der Tochtergesellschaften wurden 1930 nach den bisherigen Feststellungen ebenso wie im Jahre 1929 25 Proz. des Aktienkapitals rein verdient. Von den europäischen Ford-Unternehmungen, die ihre Bilanzen bereits veröffentlichten, zeigte im Jahr 1930 die dänische Tochtergesellschaft eine Gewinnsteigerung um 11 Proz., während die belgische von einem Rückgang des Reingewinns um 12,8 Proz. berichtet.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Lohnabbau im Baugewerbe. Das von deutschen Baugewerbe eingeleitete Tarifamt hat am 27. März 40 Schiedsprüche gefällt, durch welche das Baugewerbe ganz Deutschlands erfasst wird und die Löhne im Baugewerbe um 8 bis 11 Proz. gesenkt werden.

Der höchste Abzug betrifft das Gebiet der Schwerindustrie, Westfalen. Besser abgegrenzten haben die Tarifgebiete Groß-Berlin und Hamburg, dort beträgt der Abbau 7,8 und 7,7 Proz. Schlechter weggekommen sind Bayern, Hessen, Württemberg, Provinz Sachsen-Anhalt, Freistaat Sachsen, Thüringen und Nordwestdeutschland. Hier bewegt sich der Lohnabbau um 10 Proz. herum. Der Lohnabbau für Mecklenburg, Pommern, Steintin, Ober- und Niederschlesien bewegt sich etwa zwischen 8 und 9,5 Proz.

Die Bauarbeiter in den einzelnen Bezirken haben jetzt über diesen Schiedspruch zu entscheiden. Der Zimmererverband wird auf einer außerordentlichen Generalversammlung, die zum 3. April einberufen ist, dazu Stellung nehmen.

Verwaltungsgesellschaft deutscher Gewerkschaftshäuser AG. Unter dieser Firma wurde am 21. Februar in Berlin die Gründung der Aktiengesellschaft vollzogen, deren Zweckbestimmung sehr eingehend als Hauptverhandlungsgegenstand auf den beiden letzten Konferenzen der Vertreter unserer Gewerkschaftshäuser erörtert worden ist. Die Führung der Vorstandsgeschäfte wurde durch Beschluß der Gründerversammlung den Kollegen Ernst Schulze und Dr. Hans Aron übertragen. Entsprechend den von der Leipziger Konferenz gemachten Vorschlägen sind folgende Genossen in den Aufsichtsrat berufen worden: Theodor Leipart (Berlin), Geheimrat Dr. Bachem (Berlin), Ernst Sprung (Berlin), Frh. Rasch (Breslau), Karl Bicklin (Leipzig), Alfred Hennig (Mittenburg), Ernst Viderodt (Hannover), August Hein (Hamburg), Gustav Schiefer (München). Die Adresse der neuen Gesellschaft ist Berlin S 14, Inselstraße 6 II.

Rundschau

In Zahlungsschwierigkeiten geraten ist die Firma **Oswald Riffer**, Lederwarenfabrik, Lauban i. Schl. Den Verbindlichkeiten von 36 000 M. stehen nur Werte von rund 6000 M. gegenüber. Die Vorkriegsverbindungen sind ziemlich erheblich.

Mehr Millionäre. In Deutschland gibt es nach der neuesten Statistik für Vermögenssteuererhebung 2465 Personen, die ein steuerpflichtiges Vermögen von über 1 Million Mark besitzen. 40 Personen haben ein Vermögen von über 10 Millionen und 115 ein solches von mehr als 5 Millionen. Die Zahl der Millionäre in Deutschland hat gegenüber der Vorkriegszeit abgenommen. Es ist aber bemerkenswert, daß trotz der Krisenzeit seit der letzten Statistik eine Zunahme von 130 zu verzeichnen ist.

Ausfuhrerhebung im Februar. Der deutsche Außenhandel hat sich im Februar um ein geringes gebessert. Wohl ging die Einfuhr gegen den Vormonat mit 645 Millionen um 40 Millionen auf 605 Millionen Mark zurück. Berücksichtigt man jedoch die geringere Zahl der Werttage im Februar gegenüber Januar, so zeigt die Einfuhr im Februar mit einem Werttagsdurchschnitt von 25,2 Millionen Mark eine leichte Zunahme gegenüber der Januareinfuhr mit einem Werttagsdurchschnitt von 24,8 Millionen Mark. Die Ausfuhr einschließlich der Reparationsgüterlieferungen (778 Millionen Mark) hat gegenüber dem Vormonat um 3 Millionen Mark zugenommen. Berücksichtigt man auch bei der Ausfuhr die geringere Anzahl der Werttage im Februar, so gewinnt diese nur unwesentliche Zunahme der Ausfuhr höhere Bedeutung.

Eine besondere Auszeichnung. Die Jury der Deutschen Buchdruckerei, die alljährlich zum Tag des Buches unter der gesamten deutschen Buchproduktion des vergangenen Jahres die 50 bestausgezeichneten auszuwählen hat, nahm in diesem Jahr wieder zwei Werke der Büchergilde Gutenberg unter die Preisträger auf. Damit ist erneut bekräftigt worden, daß diese Gemeinschaft werttätiger Buchdrucker, die ihr literarisches Programm fortgesetzt ausbaut, auf dem Gebiete neuzeitlicher Buchdruck Vorwärtliches leistet.

Bücherchau

Mitteilungen für Betriebskrankenkassen. Verlag Cato Müller, Berlin N 4, Bücherg. 15. Preisprospekt vierfarbig 1,25 M.

Diese Zeitschrift erschien seit Oktober vorigen Jahres und ist als Mitteilungsorgan der Gruppe der deutschen Betriebskrankenkassen zugleich deren Mitglieder und Angehörige mit dem wichtigsten Nachrichten durch Abhandlungen bekannter Sozialpolitiker, Ausdruck von gesetzlichen Bestimmungen und grundsätzlichen Entscheidungen sowie durch eine unerschöpfliche Rechtsberatung behelfen vertraut machen. Durch die dauernden Neubearbeitungen der Sozialversicherung muß dieser Zweck der Zeitschrift als notwendig und für die einzelne Betriebskrankenkasse und ihre Mitglieder als besonders wertvoll erachtet werden. Die Zeitschrift erscheint unter der Leitung des zu den Vorsitzenden der deutschen Betriebskrankenkassen, Guhno Müller, Berlin, und zwar in Anlehnung an die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 12. März 1930, so daß zum Bezugs Massenpreis unbeeinträchtigt verbleiben können.

Nach den uns vorliegenden, bisher erschienenen Heften zu urteilen, darf diese Zeitschrift bei keiner Betriebskrankenkasse fehlen.

Die Handwerkerschule. Weiterhin sind folgende Handwerks-Veranstaltungen erschienen: Der Hans Ruff, Generalsekretär des Deutschen Handwerks- und Gewerbetages, Hannover, Verlag Späth u. Linde, Berlin S 10. Das Werk erscheint in Lieferungen zu je 64 Seiten und zwar 14tägig. Jede Lieferung kostet 1,75 M. Die Handwerkerschule umfaßt insgesamt vier Bände. Band 1 behandelt die technische Betriebsführung in fünf Abschnitten. Band 2 die kaufmännische Betriebsführung. Band 3 Recht und Statistik. Band 4 umfaßt das Handwerk in der Volkswirtschaft. Bisher sind 4 Lieferungen erschienen. Es ist ein umfangreiches Gebiet, das hier in Angriff genommen ist. Wenn im Vorwort gesagt wird: „Wenn diese Entwicklung bei einem Teile des selbständigen Handwerks auf Schwierigkeiten stößt, die nicht auf Minderdruck oder Abneigung, sondern auf mangelnde Erkenntnis zurückzuführen sind, so scheint es mir ein Gebot der Stunde zu sein, diese Schwierigkeiten wegzuräumen zu helfen“, so können wir dem zustimmen und den Wunsch ausdrücken, daß sich die nachstehenden Bände zur reibenden Erfüllung der gesellschaftlichen Aufgabe beitragen werden. In Aussicht genommen sind etwa 10 Lieferungen.

Wachsen die Nazis die Finanzwirtschaft? Nein, natürlich können und wollen die Fasentzähler die Finanzwirtschaft nicht brechen. Aber es ist nötig, den Nazis und ihren Anhängern das Eigenkapital ihrer Agitation nach zu weisen. Das erfüllt in volkswirtschaftlicher Weise und trotzdem wissenschaftlicher Grundlage die neue Prospekt der Sozialdemokratie: „Nazis und Schatzkammer“. Was würde eine Vermögensfestsetzung der Nazis, wie sie die Nazis begehren, bedeuten? Welche Wirkung hätte diese Regulierung auf die Anstandsangelegenheiten? Wie urteilen die Kapitalisten über das Vermögensgutachten der Nazis? Die kleine, 30 Seiten starke Schrift gibt präzise Antwort auf diese Fragen und enthält die auswendig zu lernen „Prinzipien“ der Nazis recht deutlich. Diese wertvolle Broschüre kostet 10 Pf. und ist in allen Volkshandlungen, den Sekretariaten der SPD, und der Werbeabteilung, Berlin S 68, Lindenstr. 3, zu haben.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 30. März bis 5. April ist der 14. Wochenbeitrag 1931 fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Berichtstarken einfinden. Alle Verwaltungsstellen, die die Berichtstarken über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende März d. J. noch nicht eingeleistet haben, werden dringend erlucht, das Verlaumte bis zum 8. April nachzuholen.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserem Verband können zurückblicken:

Zeig, Geilsdorf, Paul, Sattler; Bod, Paul, Sattler.

Achtung! Braunschweig. Die Mitlieder der Verwaltungsstelle werden hiermit erlucht, ihre Mitgliedsbücher am 15. April 1931 beim Ortstarbeiterkollegen W. Wehe, Scharnhorststr. 13 III 1, zwecks Kontrolle abzuliefern.

Es ist Pflicht jedes Mitgliedes dem nachzukommen. Die Ortsverwaltung.

Veranstaltungskalender

Braunschweig. Am Freitag, dem 10. April 1931, abends punkt 8 Uhr, im Restaurant „Stadt Helmstedt“ Mitgliederversammlung. Vortrag des Verbandsvorsitzenden Kollegen Gerhardt, Berlin. Erscheinen ist Pflicht jedes Mitgliedes. Die Ortsverwaltung.

Sterbetafel

Konstanz. Am 14. März starb unter langjähriger Mitgliedschaft der Sattler Kaspar Bierheilig, im Alter von 39 Jahren an den Folgen seines Kriegseidens.

Wismar. Am 23. März starb nach langer Krankheit unser Kollege Friedrich Steinhauer im Alter von 35 Jahren. Ehre ihrem Andenken!